

Für eine sachliche, konsequente und menschliche Flüchtlings-, Asyl- und Migrationspolitik auf der Grundlage unserer Rechts- und Werteordnung.

Positionen zum Thema Asyl, Flüchtlinge und Migration der FREIEN WÄHLER Bayern

1. Die Debatte um die Asyl- und Flüchtlingspolitik ist derzeit geprägt von einer unerträglichen Polarisierung, die den Blick für eine sachliche Bestandsaufnahme verstellt und die Umsetzung sinnvoller Lösungsansätze behindert.

Anstatt zu polarisieren ist dringend eine **Rückkehr zu sachlicher Kommunikation** nötig, um Vertrauen zurück zu gewinnen und **Konsens** zu suchen, **anstatt fruchtloser politischer Konfrontation!**

Wir stehen für einen **sachlichen Umgang** mit allen Problemen der Migration, lehnen jede Polarisierung sowie verbale Ausgrenzung ab und bekennen uns zu **Humanität** und Achtung der Menschenwürde als Grundlage unserer Werteordnung. Insbesondere das ehrenamtliche Engagement von Mitbürgern und Kirchen ist zu achten und zu fördern.

2. **Ziel** unserer Migrationspolitik muss es sein:
 - a) **Rechtsstaatlichkeit und Ordnung** konsequent auf Grundlage der bestehenden Gesetze wieder herzustellen,
 - b) **keine falschen Anreize** zur Migration aus rein wirtschaftlichen Gründen in das Gebiet der EU zu setzen,
 - c) **Asylverfahren zügig und rechtsstaatlich** einwandfrei durchzuführen,
 - d) Menschen auch **menschlich zu behandeln** und diejenigen ohne Bleibeperspektive schnellstmöglich in ihre Herkunftsländer **zurück zu führen**,
 - e) Solche Perspektiven zu definieren und zu schaffen und **Menschen** mit Bleibeperspektiven schnellstmöglich zu **integrieren**,
 - f) **Fluchtursachen** in den Herkunftsländern endlich wirksam zu **bekämpfen**.

3. Wir stehen für Europäische Lösungen

- a) Zur Verhinderung von **Schleuseraktivitäten**
- b) Zum **Schutz der EU-Außengrenzen**
- c) Zur **Aufnahme** und **fairen Verteilung** von Flüchtlingen
Dabei sind EU-Förderungen für Mitgliedsstaaten einzufrieren, solange diese nicht bereit sind, sich solidarisch an der Problemlösung zu beteiligen.
- d) Zur Solidarität mit Staaten mit EU-Außengrenze, die besonders belastet sind.
- e) Für **EU-weite Angleichung** der Aufnahmebedingungen und Asylleistungen

Der Rückfall in nationalistische Lösungen gefährdet den Zusammenhalt und den Frieden in Europa und damit unsere Sicherheit und unseren Wohlstand.

4. Angesichts der aktuellen Zahlen sehen wir aktuell die größere Herausforderung in der Bewältigung der bereits eingereisten Flüchtlinge als in der Abwehr neuer Zuwanderung.

5. Wir stehen für einen konsequenten Rechtsstaat:

Der so genannte *Masterplan Migration* ist vor allem eine **Beschreibung von Chaos, Versäumnissen und Unfähigkeit.**

Derzeitiger Stand:

- Eine lückenlose und zuverlässige **Erfassung und Registrierung** existiert nach wie vor nicht. Es gibt nach wie vor nicht erkannte Mehrfachidentitäten.
- Auch in Bayern ist der Aufenthalt von Gewalttätern nicht systematisch bekannt.
- Ein flächendeckendes **Europäisches Ein- und Ausreiseregister** (Entry-Exit-System), mit dem Ein- und Ausreisen und biometrische Identifikation von Drittstaatenangehörigen erfasst und gespeichert werden können, existiert nach wie vor nicht.
- Nach wie vor gibt es z.B. **fünf verschiedene Fingerabdruckdateien**. Eine verlässliche Prüfung ist dadurch nicht möglich, die Grenzpolizisten werden mit ihrer Überforderung allein gelassen.
- Es ist ein peinlicher Ausdruck des Scheiterns, dass der Ausbau des Ausländerzentralregisters (AZR) zum alleinigen **Ausländerdateisystem** und die Abschaffung dezentraler Ausländerdateien nach Jahren immer noch ein frommer Wunsch ist!

- Die **Qualitätssteigerung** im Asylverfahren sollen fast ausschließlich durch Controlling-Maßnahmen erreicht werden, nicht aber durch bessere personelle Ausstattung, Einarbeitung und Prozessoptimierung beim BAMF und den beteiligten Behörden.
- Für die behauptete **Beschleunigung** von Verfahren fehlen wirksame Maßnahmen.
- Es wird versucht, dem Chaos durch immer **neue** Verwaltungsstrukturen, **Behörden und Entscheidungsebenen** entgegen zu wirken:
Bayerische Grenzpolizei, Landesamt für Asyl und Abschiebung, Ankerzentren usw.
Das ist nicht nur Etikettenschwindel, sondern kontraproduktiv. Entscheider sollten so nahe wie möglich am Problem sitzen. Zudem fehlt das Personal in den neuen bürokratischen Wasserköpfen an der Basis.
- Für eine Intensivierung der **Schleierfahndung** fehlen z.B. dringend erforderliche Polizeikräfte.
- Die **Beratungs- und Betreuungszentren** in Herkunftsstaaten sind bisher nahezu wirkungslos.
- Die Rückkehrbedingungen haben sich in keiner Weise verbessert. Über **Rückführungsabkommen** und die Festlegung weiterer **sicherer Herkunftsstaaten** wird seit vielen Jahren nur geredet – konkrete Fortschritte gibt es nicht!
- **Ankerzentren** sind keine „Dienstleistungsbehörden“, sondern ein Eingeständnis nicht funktionierender Verfahrensabläufe. Entgegen den behaupteten Hoffnungen werden viele Flüchtlinge dort über Monate oder Jahre wohnen, weil ihr Status nicht schnell geklärt werden kann. Dies führt zu Frust, Aggressionen und sozialen Verwerfungen bei den dort lebenden Flüchtlingen und dadurch zu einer erheblichen Belastung bei Polizei, Einsatzkräften und einheimischer Bevölkerung.

Endlich **Zentralität bei den Dateisystemen** – Ansonsten **konsequente Dezentralität**: Je näher Entscheider an den Problemen sind, desto besser können sie diese lösen.

Zu einem **konsequenten Rechtsstaat** gehören insbesondere:

- a) **Konsequente und lückenlose Registrierung**:
Sowohl im Asylverfahren als auch beim Bezug von Sozialleistungen muss alles getan werden, um jeglichen staatlichen Kontrollverlust zu verhindern.
- b) Schnelle und zugleich **verlässliche Entscheidungen** im Asylverfahren.
Dazu sind im BAMF die Abläufe und Strukturen zu optimieren und die personellen Voraussetzungen zu schaffen.

- c) Gerichtsverfahren sind insbesondere bei offensichtlich unbegründeten Klagen gegen ablehnende Bescheide zu beschleunigen.
An den Verwaltungsgerichten sind dafür ausreichend Richterstellen zu schaffen.
 - d) Bestehende Strukturen müssen gezielt gestärkt werden (Gerichte, Ausländerbehörden, Schleierfahndung, Bundespolizei), anstatt ständig neuer Behördenstrukturen, die nur Verwirrung stiften und bestehende Strukturen schwächen (neue Grenzpolizei, neues Landesamt für Asyl und Abschiebung, Ankerzentren, Transitzentren, Transferzentren, ...)
 - e) Konsequente Verfolgung von Missbrauch des Asylrechts, von Straftaten und von Leistungsmissbrauch.
 - f) Ausschöpfung aller rechtlichen Möglichkeit zur Überwachung und Abschiebung von Intensiv- und Mehrfachtätern und Gefährdern ohne deutsche Staatsangehörigkeit
 - g) Verstärkter und konsequenter Einsatz der Abschiebehafte zur Sicherung der Ausreise, insbesondere bei mangender Mitwirkung im Asylverfahren.
Jede unbedingte Freiheitsstrafe muss als Ausweisungsgrund und Grund für die Anordnung von Abschiebehafte genügen.
 - h) Endlich tatsächlich konsequente Rückführung.
Die bestehenden rechtlichen Möglichkeiten zur Ausweisung und Abschiebung müssen endlich konsequent angewandt werden. Dazu sind endlich wirksame Vereinbarungen zur Rückführung mit den Herkunftsländern zu treffen. Notfalls sind Förderungen und Entwicklungshilfe von der Mitwirkung von Drittstaaten abhängig zu machen.
Dazu ist auch endlich eine Ausweitung sicherer Herkunftsländer und ggf. sicherer Drittstaaten erforderlich.
6. Wir stehen für einen **menschlichen Umgang** mit allen verfolgten und schutzberechtigten Menschen in Deutschland und Unterbringung mit **Rücksicht auf die Bevölkerung**.
- a) Bei der Unterbringung sind die Auswirkungen auf das soziale Gefüge besonders zu beachten.
Insbesondere die Belastungen der benachbarten Bevölkerung verbieten große lagerartige Ankerzentren.
Soweit nicht die schnelle und rechtssichere Durchführung des Asylverfahrens andere Lösungen erfordert, führt eine dezentrale Unterbringung zu weit weniger sozialen Spannungen.
 - b) Jeder Flüchtling muss möglichst schnell eine sinnvolle Beschäftigung bekommen – und zwar unmittelbar nach seiner Ankunft, auch bevor seine Bleibeperspektive geklärt ist, bei ausreichender Qualifikation auch in befristeten regulären Arbeitsverhältnissen.

7. Wir stehen für **konsequente Integration** verbunden mit Integrationsanreizen von Anfang an von Menschen mit Bleibeperspektive.

Dazu gehören Sprachkurse mit konsequenter **Erfolgskontrolle**, **schulische Bildung für Kinder von Anfang an** und schnelle **Arbeitsurlaubnisse** bei Nachweis von Sprachkenntnissen und beruflichem Aus- und Weiterbildungswillen.

Politik, die sich allein auf Sanktionen und Schikane zurückzieht, produziert genau die sozialen Spannungen, vor denen sie bewahren will. **Anreize zur Integration** und zur **Identifikation mit unserer Werteordnung** dürfen wir nicht aus den Augen verlieren!

8. Bei Rückführungen von Straftätern, Gefährdern und Integrationsunwilligen müssen die gesetzlichen Möglichkeiten besser ausgereizt werden.

Im Gegenzug sollen gut integrierte Menschen **nicht um der Abschiebestatistik willen** aus Arbeit, Familie und mühsam aufgebautem sozialen Umfeld gerissen und abgeschoben werden.

9. Deutschland braucht dazu ein **wirksames Einwanderungsgesetz**, das den Anforderungen der heimischen Wirtschaft auf der Suche nach Arbeitskräften nachkommt und Schutzbedürftigen Motivation zur schnellen Integration bietet.

Der Nachweis von Sprachkenntnissen, beruflicher Abschlüsse, Arbeitsplatz und straffreiem Leben als **Voraussetzung für einen langfristigen Aufenthaltstitel** garantiert einen **Anreiz für starke Integrationsbemühungen** von Menschen mit Bleibeperspektive.

Zu guter Letzt:

Die **Arbeit an der Sache** muss endlich wieder im Mittelpunkt stehen anstatt krankhaftem Hecheln nach Aufmerksamkeit und gefährlichem Zündeln, um im Mittelpunkt zu stehen oder vermeintlich Wahlchancen zu verbessern.

Die Menschen in Bayern haben ein Recht darauf, dass neben dem Thema Migration nicht all **die Themen** in den Hintergrund geraten, die nicht nur ihre Ängste, sondern ihr **tägliches Leben** weit mehr berühren.